Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten

Einzelpreis 50 Pfennig

Völkischer Beobachter

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Samstag. — Bezugspreis: Im Inland durch die Post monatlich M. 4.—, vierteljährlich M. 12.—, unter Streifband im Inland und Deutschösterreich monatlich M. 8,40, vierteljährlich M. 25,—, im übrigen Ausland monatlich M. 11,—, vierteljährlich M. 33,—. Postscheckkonto München 11 346. — Geschäftsstelle: Thierschstraße 15. — Fernruf 20 647 — Geschäftszeit 8½—4½ Uhr, Samstag 8½—12½ Uhr. — Anzeigenpreis: Die 33 mm breite Grundzeile für Geschäftsanzeigen auswärts brutto M. 2,—, für München M. 1,50 mit entsprech. Nachl. Reklamezeile M. 8,— Finanzanzeigen netto M. 1,50. Familienanzeigen M. 1,20, Kleine Anzeigen (Stellengesuche usw.) M. 1,—. Schriftleitung: Schellingstraße 41/I. Fernruf 20 647. — Drahtanschrift: Beobachter, München Sprechstunden der Schriftleitung: Täglich von 10—12 Uhr vormittags.

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Leiter: Dietrich Eckart

Ausgabe 7 — München (Mittwoch), den 25. Januar 1922 — 36. Jahrgang

Worum es sich handelt

F.M.J. Rehse Archiv und Museum Zeitgeschichte München

Unser Parteitag — Justizbolschewismus in Bayern — Volksverrat der Reichsregierung

Worum es sich handelt

(Nachdruck erbeten.)

In Berlin beratschlagen die deutschen Ministerpräsidenten und der Reichskanzler. Wie immer, ist auch Herr Walter Rathenau dabei. Als neulich der Ausschuß des Reichstags für auswärtige Angelegenheiten tagte, war Rathenau ebenfalls zugegen. Ein „Privatmann". Die „Münchener Zeitung", die sich ja befleißigt, es mit keinem Menschen zu verderben, fragte in ihrer ganzen Kindlichkeit, wer es wohl sei, den dieser Walter Rathenau vertrete. Nun, jedes Kind sollte wissen, daß er Vertreter der alljüdischen Hochfinanz in Deutschland ist, folglich einfach überall dabei zu sein **hat**, ob nun ein Erfüllungskanzler eine gute Mine oder böse zum grausamen Spiel macht.

Und Rathenau berichtet von seinen Erfolgen und von seinen Forderungen. Der Mann, welcher betonte, Deutschland könne alles Verlangte bezahlen, wenn es nur wolle, er erzählte kühllpfeifend an der Hand ellenlanger Zahlenreihen vom wirtschaftlichen Bankerott des deutschen Reiches...

Und die Folgerung daraus ist nicht etwa Umkehr, sondern — weitere Erfüllung bis zu den letzten „Grenzen der Leistungsfähigkeit" und (**hier** liegt des Pudels Kern) Eingliederung in das internationale Syndikat zum „Wiederaufbau" Europas.

Der Direktor der A.E.G. und Freund Walter Rathenaus, der Hebräer **Felix Deutsch**, hatte im Oktober 1921 in London zum Korrespondenten einer Zeitung geäußert, man müsse Rußland gegenüber eine „sehr einsichtige und bestimmte" Politik treiben, es sei der größte Markt für die Erzeugnisse Englands und der Vereinigten Staaten. Er trage keine Bedenken gegen einen Handelsverkehr mit Sowjetrußland: „Deutschland (??) befürwortet ein großes internationales Syndikat, worin Deutschland, England und die Vereinigten Staaten und vielleicht (!) auch Frankreich vertreten sein werden." („Lok.-Anz.", 30. Oktober 1921.)

Um dieselbe Zeit etwa setzte die „Frankf. Ztg." mit einem vorbereitenden Trommelfeuer die bolschewistische „deutsche" Ostpolitik in Bewegung, forderte unbedingtes Zusammengehen mit Rußland und betonte, daß „**es sich von selbst verstehe**", daß es die **Sowjetregierung** und keine andere sei, mit welcher man unterhandeln müsse. Genau dasselbe taten „Berliner Tageblatt", „Vorwärts" usw., von den kommunistischen Blättern gar nicht zu reden.

In Washington wurde die Ausbeutung des **Ostens** festgelegt; in Paris trat Ende Dezember 1921 eine Finanzkonferenz zusammen, welche die Ausbeutung **Europas** ausarbeitete. Am 1. Januar konnte der Korrespondent der „Chicago Tribune" die Gründung einer internationalen **privaten** Gesellschaft zum Wiederaufbau Europas der Welt mitteilen, welche beabsichtige, mit einem Grundkapital von 100 Millionen Dollar (19 000 000 000 Mark) die Arbeit zu beginnen. Darauf trat der „Oberste" Rat pflichtschuldigst zusammen, und Briand befürwortete seinerseits ein „internationales Finanzkonsortium" zur Kräftigung der „notleidenden (ach, wie mitleidig) Länder Zentral- (!) und Westeuropas". Also „Milde" für das arme Deutschland! Die „Frankfurter Zeitung" wußte zu melden, Lloyd George habe sich „mit Wärme" für denselben Gedanken eingesetzt (7. Jan. 1922) und meinte, „daß der Gedanke der internationalen Solidarität einen Triumph davongetragen" habe (8. Jan. 1922). Das stimmt: Der Gedanke der Solidarität der jüdischen Weltbörsen und Banken zur Ausplünderung der durch Krieg und Revolutionen ermatteten Nationen.

Das nationalistische Frankreich stemmte sich wütend dagegen: Cannes flog auf. Dazu schrieb die „Frankfurter Zeitung" Worte, die sich jeder Deutsche merken sollte: „Damit sind die wichtigsten Aufgaben, die dieser Zusammenkunft der alliierten Staatslenker **vorgeschrieben** (!!!) waren, die Einberufung der europäischen Wirtschaftskonferenz, die Gründung eines internationalen Syndikats zum Wiederaufbau Europas und die Einstellung der Reparationspolitik auf ein System geschäftsmäßiger Vernunft (d. h. langsames Weißbluten. D. B.), in Frage gestellt worden." (Nr. 33, 1922.)

Kürzlich hat nun der schon genannte Felix Deutsch in einer holländischen Zeitung nochmals dasselbe verlangt wie im Oktober, und Walter Rathenau betonte in seiner Rede in Cannes ausdrücklich, daß ein **Privat**syndikat Europa wiederaufbauen müßte.

Für jeden halbwegs Ehrlichen und Nichtblinden liegen die Dinge vollständig klar, und ob die Ausplünderungsgesellschaft ganz privater Natur sein, ob sie ein staatliches Mäntelchen umgehängt erhalten wird, spielt keine Rolle. Die Idee der Internationale, des Welttrusts über alle nationalen Reichtümer, wird in Genua auf die Spitze getrieben und zu verwirklichen versucht werden. Aus Moskau fahren u. a. schon der Odessaer Jude **Joffe** und der bessarabische Hebräer **Rakowsky** (nach der „Frankf. Ztg." ein „schneidiger Kerl") sicher zur Konferenz; die anderen Weisen von Zion kommen aus Paris, Berlin, London und Neuyork mit ihren nichtjüdischen Trabanten. Das Ende ist die endlose Zinsbarmachung der Völker Europas und Verblendung und Verblödung der Geister.

Das ist der Sinn der Konferenz zu Genua, zu der auch in Deutschland gerüstet wird, und von welcher der Kanzler des Deutschen Reiches alles erhofft ... Es ist unbegreiflich, woher Mathematiklehrer manchmal die — Kühnheit hernehmen, Staatslenker zu spielen; noch unbegreiflicher aber ist es, daß sich ein großes Volk diese — Kühnheit bieten läßt.

Dr. Wirth ins Stammbuch:

„Es gibt eine erstaunliche Anzahl von Menschen, die, solange sie sich nur auf ihre eigenen Schuhe und Strümpfe verlassen müssen, ruhig genug bergab gehen und nicht viel Schaden stiften; setze man aber einen von ihnen in eine Kutsche mit Pferden, und man wird Wunder sehen, welche Fahrfertigkeit er zeigt, wie er sein Fahrwerk mit Passagieren füllt, und wie er mitten durch die Straße Hals über Kopf dem Teufel zurennt!"

Dickens.

Bolschewistischer Hohn

Die maßgebenden Politiker des Auswärtigen Amtes haben sich in ihrer Dienstwilligkeit der Sowjetregierung gegenüber nicht genug tun können. Festessen wurden gegeben, den jüdischen „Kurieren" zwangsweise Wohnungen zugeteilt, Vertreter nach Moskau geschickt, welche hingebungsvolle Reden hielten ... Gerade jetzt ist die Anbiederungssucht wieder besonders gestiegen, und gerade jetzt höhnt Herr Steklow (Nachamkes) in den Moskauer „Iswestija" über alle diese Versuche, England und Frankreich den Rang abzulaufen. So heißt es z. B.: „An Stelle mit den technischen Hilfsmitteln Rußland beizuspringen, wollte die deutsche Bourgeoisie es mit England zusammen erwürgen. Zuerst bot Deutschland durch Ludendorffs Mund den Alliierten seinen Degen an; jetzt arbeitet dasselbe plutokratische Deutschland — durch Stinnes verkörpert — an Plänen zur politischen und ökonomischen Knechtung Sowjetrußlands. — Jetzt fürchtet Deutschland, durch die bevorstehende Anerkennung Sowjetrußlands durch die Entente beiseite gedrückt zu werden. Darüber hätte man früher nachdenken sollen. Man kann nicht einmal sagen, die deutsche Bourgeoisie habe auf unseren Abbruch mit den anderen Staaten spekuliert, da sie nichts getan hat, um eine ernsthafte Verbindung mit Sowjetrußland einzugehen. Es ist klar, daß sie einen anderen Weg vorzog, den Weg der unbeschränkten Ausbeutung der in den Staub getretenen Sowjetrepublik ... Besonders fürchtet sich die deutsche Bourgeoisie, Rußland würde als Antwort für seine Anerkennung den Versailler Friedensvertrag gutheißen, wodurch Rußland das Recht **auf Kriegsschädenersatz erhalten würde**. Jetzt bangt ihr, wir würden ihr gegenüber die Politik von Brest-Litowsk anwenden!"

Nach dieser Verhöhnung folgt dann noch die Aufforderung, wenigstens jetzt alles zu tun, um Sowjetrußland zu helfen.

Dieses sollte unsere „Politiker" doch nachgerade überzeugen, energisch einen klaren, antibolschewistischen Kurs einzuschlagen. Denn zwischen Moskau und dem Westen wird (wie das gut unterrichtete „Berl. Tagebl." feststellte), „enger gespielt" ... Und mutet es nicht wie eine erneute Verhöhnung Deutschlands an, wenn das „Berl. Tagebl." jetzt noch schreibt (Nr. 28): „Was die Sowjetleute betrifft — **ohne die nichts beschlossen werden kann** —, sie wünschen nicht, mit einer internationalen Gesellschaft Geschäfte zu machen, sondern mit jedem einzelnen Staate, und besonders (!) mit **Deutschland allein** (!)."

Also einen Sprung ins Bodenlose auf den Rat des — „Berl. Tageblatts" hin, Auslieferung an die Sowjetpolitik auf Rat des „Berl. Tageblattes", Stützung der antieuropäischen Diktatur auf Rat des Hebräers Herrn Theodor Wolff ...

Alle unsere Parteimitglieder

werden gebeten, soweit sie irgendwelche Räumlichkeiten zur Unterbringung der für den Parteitag eintreffenden auswärtigen Vertreter (Sonntag, den 29., und Montag, den 30. Januar) zur Verfügung stellen können, dies unverzüglich der Parteileitung, Corneliusstr. 12, Fernruf 23 620, mitzuteilen.

Die Parteileitung.

Neuer Verrat der Reichsregierung am Deutschtum.

Wie jedem Deutschen, der seinen Blutsbrüdern außerhalb der Reichsgrenzen pflichtgemäßes Interesse entgegenbringt, bekannt ist, sind infolge der von den jüdischen Bolschewisten verschuldeten Hungersnot in Rußland am schwersten 800 000 Wolgadeutsche bedroht. Da von der deutschen Regierung keine geldliche Hilfe zu erwarten war, gründete sich im April 1921 das „Hilfswerk der Wolgadeutschen, e. V.", das sich an in Amerika ansässige Deutsche mit Erfolg um Hilfe wandte. Infolgedessen konnten einige Lebensmittelsendungen nach der Wolga abgesandt werden. Kostbare Zeit war aber inzwischen verstrichen, 150 000 **Deutsche waren schon verhungert**. Angesichts dieser Not richtete der Vorsitzende des Hilfswerkes, Herr Grünewald, am 3. August 1921 eine Eingabe an das Auswärtige Amt. In diesem Schreiben wurden zuerst verbürgte Einzelheiten dieses grausigen Elends geschildert und dann „ehrerbietigst" um die Genehmigung ersucht, 10 000 Kinder nach Deutschland zu befördern und sie in deutschen Schulen unterzubringen, um diese Ärmsten zu retten und der deutschen Kultur zu erhalten. Die Kosten hierfür würden aller Wahrscheinlichkeit nach durch die Hilfsorganisationen des In- und Auslandes aufgebracht werden. In einem ergänzenden Schreiben vom 19. August 1921 wurde dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, es bestände die Gefahr, daß 15 000 Kinder in die Dörfer Rußlands verschickt würden und dadurch dem Deutschtum verloren gingen. Im übrigen sei die Ausreiseerlaubnis von seiten Rußlands schon genehmigt. **Diese beiden Briefe sind aber bis heute vom Auswärtigen Amt noch keiner Antwort gewürdigt worden.**

Damit nicht genug, der Skandal wächst sich noch weiter aus! 4000 Flüchtlinge hatten sich glücklich bis zur russisch-polnischen Grenze durchgeschlagen. Sie baten um Einwanderungserlaubnis in die deutsche Heimat, die aber nicht erteilt wurde. Durch Bestechung gelang es 600 anderen Flüchtlingen, über die Grenze zu gelangen, denen der deutsche Vertreter sofort half, wie es seine Pflicht erheischte. **Jetzt hat er strengen Befehl erhalten, das Hilfswerk einzustellen und keine Wolgadeutschen mehr über die Grenze zu bringen.** Der Erlaß soll dadurch gerechtfertigt sein, daß die Flüchtlinge Träger von Seuchen seien. Wunderbar — die Regierung sprach schon von Seuchen, als noch gar keine festgestellt waren. Sind später auch einige Flüchtlinge in Deutschland gestorben, so trägt die Verwaltung die Schuld daran, denn die**se Halbverhungerten** wurden **halbnackt in ungeheizten** Wagen in die Baracken nach Frankfurt (Oder) befördert! Ferner wäre niemand verseucht, wenn die Regierung sofort zur helfenden Tat geschritten wäre.

Nennen wir das Kind nur beim richtigen Namen, **die Regierung will nicht helfen**. Ist etwa anders das jeder Pflicht und Höflichkeit bare Schweigen des Auswärtigen Amtes auf die an es gerichteten Gesuche zu erklären? Oder gibt es eine andere Erklärung für das Verhalten des deutschen (jüdischen) Roten Kreuzes, das eine Hilfsexpedition nach Rußland schickte, die allen anderen, aber nur nicht den verratenen Deutschen hilft? Der Vertreter der deutschen Reichsregierung in Rußland erklärt amtlich, daß die geplante Hilfe **nicht** den Wolgakolonisten, sondern Rußland gelte!

Über 200 000 Ostjuden sind seit der Revolution in Deutschland eingewandert, die, mit seelischen Krankheiten und körperlichen Seuchen aller Art behaftet, auf Kosten Deutscher bei uns eine Wohnung erhalten haben, um ihre unheilvolle Tätigkeit ausüben zu können, ohne daß die Regierung sie daran hindert, ihre Wohnungen beschlagnahmt und sie ausweist. Für 45 000 bolschewistische Gefangene hatte man genügend Baracken beschaffen können! Dieses Gesindel wurde gepflegt, die rassenfremden Eindringlinge obendrein beschützt; für alle, die das deutsche Volk schädigen und aussaugen, hat die deutsche (!) Regierung Hilfe und Unterkommen. Wenn es aber gilt, Deutsche vor dem Hungertode zu bewahren, Kinder deutschen Blutes zu retten, deutsche Kultur zu erhalten und das Deutschtum zu stärken, dann versagt nicht nur die Reichsregierung, nein, **sie arbeitet mit ganz offen** dagegen, zum Untergang alles dessen, was deutsch heißt, aber für das Emporkommen des Judentums und des Bolschewismus.

Anscheinend läßt sich das deutsche Volk alles bieten, selbst Verfassungsbrüche, wie der immer noch nicht vom Volke gewählte Reichspräsident zeigt. Wird der Deutsche auch diesen Volksverrat hinnehmen, ohne sich dagegen aufzubäumen? Wie lange noch?

Fritz Malende, Lausanne (Schweiz).

Die Partei der Vorsehung.

Schöne Worte haben wir auf dem Reichsparteitag des Zentrums gehört: Von Opfersinn, Verantwortungsgefühl und Pflichtbewußtsein, von christlicher Klassenversöhnung. Wir haben auch gehört, daß der „Nationalismus der schwerste Feind des deutschen Volkes" sei und daß das Zentrum, wenn wir uns seiner Fahne anschließen, uns wieder herrlichen Zeiten entgegenführen wird. Und warum? Dieses Geheimnis hat uns der Herr Dr. Wirth enthüllt. Er sagte: „Die Zentrumspartei ist ein dienendes Mittel, um das deutsche

Volk und die Deutsche Verfassung zu retten. (Lebh. Beifall.) Sie ist ein großes Mittel, geradezu ein Mittel der Vorsehung, um die christliche Gedankenwelt im öffentlichen Leben zu verteidigen und sicherzustellen." So, so, ein „Mittel der Vorsehung", da kann sich ja der Herr Wirth, von Gottes Gnaden Reichskanzler des Deutschen Reiches, was einbilden. Denn er selbst bekannte ja: „Ich wäre meinen Weg auch dann gegangen, wenn die Zentrumsfraktion mir ihr volles Vertrauen nicht geschenkt hätte." Herr Wirth hat einen unverwüstlichen Optimismus. Er möchte einem weiß machen, daß aus unseren „Reparations"leistungen eine wirkliche Niederlage unserer Feinde entstehe. Warum? Nun, weil eben Herr Wirth und die ihn und seine Politik stützende Zentrumspartei ein „Mittel der Vorsehung" sind. Es ist schön, wenn man selbstbewußt sein kann, aber wenn man den Größenwahn hat, das ist schlimm. Katastrophenpolitiker waren immer solche, die vom Größenwahn in irgendeiner Form besessen waren. Herr Wirth hat ihn in religiöser, oder besser konfessioneller Hinsicht.

Im Februar soll, dank unserer ach so „verantwortungsfreudigen" Reichsregierung, eine Verdoppelung des Brotpreises eintreten, weil die Entente den Abbau der Reichszuschüsse verlange. Die Entente pfeift, Herr Wirth tanzt! Ob durch diese erneute wahnsinnige Preiserhöhung des notwendigsten Lebensmittels alles andere auch wieder in die Höhe geht, die Überschüsse, die Post und Bahn durch die letzte horrende bzw. noch eintretende Tariferhöhung erzielen will, wenn sie überhaupt eintritt, ausgeglichen, wenn nicht gar einer erneuten Unterbilanz Platz machen werden, daß damit das Elend immer mehr wächst, der Ernährungs- und Kräftezustand unserer Bevölkerung herabgesetzt wird und damit eine erhebliche Herabsetzung der Arbeitsfreudigkeit und Leistungsfähigkeit eintritt, die Industrie immer mehr erdrosselt wird, die „Reparationen" immer unerfüllbarer werden, die Anarchie durch den Hunger großgezogen wird, Hunderttausende von Müttern und Kindern dahinsiechen werden, das läßt wohl die verantwortungsfreudigen Herren von der Vorsehungspartei ganz kalt. Weil sie am Werk ist, darum muß sich alles zum Guten wenden. Nur so läßt sich die Unterwürfigkeit der Reichs-„Regierung" in einer Frage von solcher Bedeutung verstehen.

Die Entente will unser Elend, unsere Vernichtung. Sie ist klug genug, zu sehen, daß das Chaos mit dem Abbau aller Reichszuschüsse vollendet wird. Sie weiß, daß die Brotverteuerung erneute Lohnkämpfe, Streiks, Aufruhr im Gefolge haben muß, welche Veranlassung genug geben, die Valuta auf den oder unter den Nullpunkt herabzudrücken. Der Feindbund rechnet klar und zielbewußt! Hinter jeder Maßnahme grinst die Satansfratze Alljudas hervor; wenn die Reichs-„Regierung" sich beugt und nicht alle Kräfte zusammenfaßt, um das große Unheil abzuwenden, dann ist sie eben die Wegbereiterin des Bolschewismus.

Welch frevventliches Spiel wird von dem Zentrum mit religiösen Anschauungen getrieben, indem es sich einbildet, das große Mittel der Vorsehung zu sein! Man greift sich an den Kopf! Die Zukunft wird schon lehren, wohin Größenwahn führt.

Eine Abkehr von dem gesteckten Kurs von seiten der Reichs-„Regierung" ist nicht mehr zu erwarten. Darum kann es sich nur darum handeln, zur Selbsthilfe zu greifen: Wo eine Regierung offensichtlich vom Wahnsinn befallen ist, da muß man ihr die Gefolgschaft verweigern. Nur durch den passiven Widerstand des deutschen Volkes kann eine Rettung möglich sein. Wenn die Steuerzahler im Deutschen Reich endlich einsähen, daß sie zur Macht werden können, nicht im zerstörenden Sinne, sondern im aufbauenden, indem sie methodischen Wahnsinn unterbinden, um den Staat zu retten. Denn jetzt geht es allmählich ums Ganze, und Not kennt kein Gebot.

M.

Der „auserwählte" Zentralverein.

(In der jüdischen Schrift „Jeschurun" (8. Jahrg., März—April 1921, Heft 3—4) ist folgendes zu lesen:

„Sind wir noch das auserwählte Volk, das Kleinod unter den Völkern, das Reich der Priester, das heilige Volk?"

„Israel allein ist auf Grund seiner ererbten Anlage befähigt, Propheten hervorzubringen, die Männer, die in übernatürlicher Weise in eine besondere Beziehung zu Gott treten können. Israel gleicht dem Samenkorn, das in der Erde die Elemente in seine Natur verwandelt."

Israel ist das Herz im Organismus der Menschheit. Er ist das Herz „unter den Nationen".

Das plattfüßige „Edelvolk" ist das Herz unter den Nationen! Da kann sich aber der Zentralverein etwas einbilden! Nun begreift man auch, warum er so „empfindlich" ist und so feste in Querulantentum macht. Wie heißt es doch im Traktat Sanhedrin f. 28,2? „Wer einem Juden einen Backenstreich gibt, hat Gott selbst geschlagen!"

Zum Justizbolschewismus in Bayern

In Honnef a. Rh. wollte man eine Ortsgruppe des Schutz- und Trutzbundes gründen. Als der Aufruf im Lokalblatt erschien, taten sich die Juden eifrigst zusammen und versuchten, die Wirtin zum Wortbruch — Saalverweigerung —, natürlich durch Anbieten einer Abstandssumme, zu verleiten. Als dies jedoch nicht fruchtete, überfielen die Juden mit einer Bande den vorgesehenen Redner, Herrn Weisenfeld, der mißhandelt wurde. Die Ortsgruppe wurde dann freilich erst recht gegründet. Über den frechen Überfall hatte inzwischen das Schöffengericht in Königswinter zu rechten. Der Jude Wolf jun. als Angeklagter wurde wegen Hausfriedensbruchs zu 10 Tagen Gefängnis oder 100 M. Geldstrafe und wegen Körperverletzung zu 10 Tagen Gefängnis oder 100 M. Geldstrafe verurteilt! Mildernde Umstände kamen nicht in Betracht.

Unsere Parteigenossen, von denen die Richter selbst zugaben, daß sie nicht eine gewaltsame Sprengung der Ballerstedt-Versammlung beabsichtigt hatten, wurden trotzdem wegen — Landfriedensbruchs zu 3 und 6 Monaten Gefängnis ohne Möglichkeit der Umwandlung der Strafe in eine Geldstrafe, verurteilt.

Greller läßt sich der bayerische Justizbolschewismus nicht kennzeichnen: ein Jude läßt nachgewiesenermaßen eine Versammlung sprengen und geht gewalttätig vor (200 M. „Strafe"): Antisemiten treten ohne Gewalttätigkeiten in einer Versammlung gegen reichszerstörerische Umtriebe auf (3 und 6 Monate Gefängnis).

Wir fordern vom bayerischen Justizministerium die sofortige Wiederaufnahme des Prozesses gegen unsere Parteiangehörigen.

Hebräer, die ein ganzes Land ins Unglück stürzten, erhalten — Ehrenhaft und feiern Faschingsbälle auf ihrer Festung, deutsche Männer steckt die bayerische Justiz ins Gefängnis. Diese Schmach kann nur ungeschehen gemacht werden durch Wiederaufnahme des Prozesses.

Zudem noch eine Anfrage: Hat, wie man es sich in München erzählt, sich der bayerische Justizminister mit dem schwebenden Verfahren beschäftigt? Hat eine Ministersitzung stattgefunden, die zum Prozeß gegen unsere Parteigenossen Stellung genommen resp. nur darüber beratschlagt hat?

Wir wären für Aufklärung dankbar, denn es scheint, daß, dank den letzten Justizskandalen, weite Kreise der Bevölkerung den Glauben an das unbeeinflußte Rechtsverfahren derart eingebüßt haben, daß sie geneigt sind, einen politischen Druckversuch von außen anzunehmen.

Es läge im öffentlichen Interesse, wenn die bayerische Regierung offiziell erklären würde, daß weder von jüdischer noch von nichtjüdischer Seite Versuche der Beeinflussung irgendwelcher Art unternommen worden sind.

Recht!

Paderborn. Strafkammer. Vor den Schranken ein ernster, müder Mann. In seinen Zügen tief eingegraben ein Leben voll harter Arbeit und Entbehrung. Das war der „Angeklagte". Seine Ankläger: ein Geldhantierer der eine, und der andere einer, der „in Getreide macht". Beides Juden, beide goldreich geworden in dem Maße wie das Volk, das ehrlich arbeitende, arm wurde, arm an Brot, arm an Wohnung, arm an Kleidung und arm an allem, was zum Leben nötig ist. Arm geworden trotz ehrlicher, angestrengtester Arbeit — wie der Angeklagte. Recht! Und vor diesem Recht sind alle gleich. Der Richter sagte es. — Der „Angeklagte" war 200 Kilometer weit mit der Bahn gekommen: 90 Mark Fahrtkosten, 2 Tage Verdienstausfall. — Recht! — Der Bankjude und der Getreidejude kamen nicht. Sie hatten Anwälte für dieses Recht. Denn sie hatten das Geld, erarbeitet und erhungert von dem „Angeklagten" und seinen Brüdern der ehrlichen Arbeit. — Da saßen sie, die „Rechts"anwälte. Viere! „Hast du keinen Rechtsbeistand", frage ich den angeklagten Freund, leise und etwas bedrückt. „Doch ja, den lieben Gott!" — — —.

Der Richter begann: „Sie sind angeklagt, in einem Vortrage gegen das Wucher- und Ausbeutertum in S. gesagt zu haben: Der Bankdirektor . . . habe die Syphilis und der Getreidehändler . . . habe Sie mit 200 000 M. bestechen wollen. Können Sie Zeugen angeben zu Ihrer Entlastung?" — „Meine Zeugen haben mich gebeten, sie doch nicht zu nennen, weil sie wirtschaftlich alle in der Juden Gewalt seien. Drei Viertel der Wohnungen in S. bei Warburg gehören den Juden, drei Viertel des Landes desgleichen. Sie haben fast alle wirtschaftlichen und geistigen Machtmittel und nutzen sie brutal. Mich selbst haben sie arm gemacht. Und was tat ich: Aus innerem Drange heraus mich auflehnen gegen die planmäßige Verluderung unseres deutschen Volkes. Wer das tut, kann nicht wortlos am Juden vorbeigehen. Ich habe mich trotzdem bemüht, in meinem Vortrage den Juden nicht zu nennen." — Ein Rechtsanwalt: „Für die ‚Wahrheitsliebe' des Angeklagten möchte ich hier dem Gericht einen Aufsatz des ‚Warburger Kreisblattes' vorlesen." — Er tut's. Es ist ein fürchterliches Schmutzstück. — Der Angeklagte: „Als Verfasser verrät sich darin der Judenlehrer Cohen. Ich habe dem Warburger Kreisblatt eine pressegesetzliche Berichtigung geschickt; sie wurde nicht aufgenommen." Recht! — „Vor dem Schöffengericht in Warburg zieht der jüdische Rechtsanwalt Rosenthal ebenfalls Zeitungen hervor, darinnen sie geschrieben hatten, daß ich mit 3 Jahren Gefängnis bestraft sei wegen Lebensmittelschiebungen. In anderen Zeitungen hatte ich Sittlichkeitsverbrechen und Unterschlagungen begangen." — Richter: „Aber weshalb verklagen Sie die Zeitungen nicht?" — „Ich habe nicht die Mittel, 100 Zeitungen zu verklagen. Das wissen die Juden." — Recht! —

So wird jeder Deutschvölkische verfolgt, der es wagt, gegen die Tschandala vorzugehen, bis er arm und zermürbt ist. Recht! — — Deutsches Recht?

Goldmark und Friedensmark.

Unter Abzug der Wirkungen willkürlicher Maßnahmen (amtliche Verordnungen, Spekulationen usw.) kann man ohne allzu große Ungenauigkeit die Goldmark gleich 50 Papiermark setzen. Das Teuerungsverhältnis, d. h. das Verhältnis der heutigen Preiszahlen zu den Friedenszahlen ist gegenwärtig etwa 25:1. Während also die Papiermark von heute nur 1/50 der Goldmark ist, ist sie 1/25 der Friedensmark. Das ist überraschend, wenn man bedenkt, daß die Friedensmark doch eben eine Goldmark war. (Auf die Genauigkeit der Zahlen 50 und 25 kommt es dabei nicht an; die Hauptsache ist der außerordentliche Unterschied, und für die Verständlichkeit unserer Überlegung mag einmal das Verhältnis von Friedensmark zur Goldmark wie 1:2 gültig sein.) Was bedeutet dies Mißverhältnis?

1. Wer heute weniger als das 25fache seines Friedenseinkommens in Reichsmark bezieht, hat um soviel weniger zu verbrauchen, als sein Einkommen unter dem 25fachen der Friedenszahlen bleibt. Wer also heute nach Abzug aller Abgaben 280 M. in der Woche heimbringt, kann so leben, wie im Frieden mit 11,20 M. in der Woche = 582,40 M. im Jahr. Das steuerfreie Existenzminimum war aber 900 M.

2. Ganz Deutschland, mit Ausnahme einiger ganz weniger, gibt dauernd seine Erzeugnisse zum halben Preis an das Ausland ab. Man nennt das „Exportprämie" und „Dumping". Es gibt sogar Volkswirtschaftler und Handelspolitiker, die diesen Zustand als der deutschen Wirtschaft zuträglich empfehlen und ihn erhalten wissen wollen. Sie bedenken nicht, daß damit erstens der schlimmste Raubbau an der deutschen Arbeitskraft getrieben wird, und daß zweitens diese Unterbewertung der deutschen Arbeit ein Mittel ist, die Arbeit der anderen Länder zu untergraben. Raubbau an den Besiegten, Arbeitslosigkeit in den Siegerländern sind das Mittel der überstaatlichen Finanzgewalt, ihre Pläne weiter zu verfolgen.

3. Für die Bezahlung der Ultimatumsauflagen müssen wir also infolge dieses uns zugefügten Betruges doppelt so viel arbeiten, als wenn wir dieselbe Summe im Frieden aufzubringen hätten. Zu diesem Zwecke verlangt die Eintreibungsbehörde, genannt „Reparationskommission", die Berechnung unserer Lieferungen nach dem Inlandpreis.

4. Um eine Goldmark abzuzahlen, müssen wir 50 Papiermark erarbeiten, d. h. also rund 6 Arbeitsstunden umsonst schaffen.

Um eine Milliarde Goldmark abzuzahlen, müssen wir sechs Milliarden Arbeitsstunden umsonst arbeiten.

Um die nächste Goldmilliarde zu bezahlen, muß das deutsche Volk in drei Monaten 6 Milliarden Arbeitsstunden umsonst arbeiten, d. h. jeder Erwerbstätige täglich drei Arbeitsstunden (die Stunde zu 8 M.).

5. Um die Zwangsschuld zu tilgen, arbeitet also jeder Deutsche täglich eine halbe Stunde umsonst; um dem internationalen Leihkapital die Zinsen zu bezahlen, arbeitet er täglich 2½ Stunden umsonst oder fast ein Drittel des Jahres.

(Aus den „Mitteilungen" des „Deutschen Kampfbundes zur Brchg. d. Zinskn.")

Ehrenpflicht

ist es, daß jeder Bezieher unserer Zeitung mindestens einen Abonnenten wirbt.

's Blinde-Kuah-Gspuil.

A G'schicht zum Dodlacha.

Hamm s' am dumma Michi a rote Zipflhaub'n üba d' Aug'n und d' Ohrwaschln zog'n und spuiln „Blinde Kuah" mit eahm, oda richtiga g'sagt: „Blinda Ochs." Wer spuilt denn da alla mit? Da is amal a Gockl, der herschaugt, wia wann a sie mausern tat; grad mehr a paar glanzige Schwoaffedern hat a. Aber am Kikeriki fehlt si nix, 's G'schroa is auf da Höch der densölln Mistviech. Und a groha Löw is dabei, der wo aba d' Hintervierti von an Seehund hat, mit broade Floss'n. A kloana, gelba Aff, a grinsada, hupft mit ummi, und a großmächtige Ries'nschlanga wälzt si umanand ('s kunnt' aa a Seeschlanga sa), ganz a g'scheckate mit lauta Sterndln und Stroaf'n; und da pollackische weißa Adla, hübsch g'rupft und dalaust, macht sie aa mausi. A Mordstrum Bär is vohand'n, um und um g'schund'n und räudi. Der hat an groß'n Stern um sein Hals wia'r a Halsbandl. An densölln Sternkragerl schiabt und kratzt a allaweil mit de vordern Pratz'n, wia wann's 'n d' Gurgl drossl'n tat. Und an dem Stern-Halsbandl weist und reißt 'n a krummnasata Jud. Etliche andra Viecha san aa no dabei, und dee ganze Viecherei tanzt um an Michi, den blind'n Ochs'n, ummi, tratzt und schikaniert 'n, und da dumme Kerl soll darat'n, wer's g'wen is und was schuld is an dera Schinderei.

Da g'rupfte Gockl hackt auf eahm eini, daß 's Bluat abirinnt, und kraht: „Rat, Michi, etwer is's?" Und da Michi antwort': „Da Militarismus!" Schrein s' alle mitananda, de ganz' Menagerie: „Da deutsche Militarismus is schuld!" Haut eahm da Löw' d' Pratz'n auf 'n Schädl und brüllt: „Sag', wer is's?" „Unsere unfähige Regierung!" schreit da Michi. Ziagt eahm da Löw' aa no de ander Pratz'n ummi und brüllt: „Jawol, da deutsche Imperialismus!" Von dera Watsch'n hätt's 'n Michi sauba umg'haut, wenn 'n net grad no da Bär dafangt hätt'. Der druckt 'n ans Herz, daß an Michi 's Hör'n und 's Sehg'n vageht und brummt: „Wo is dei oanzige Rettung?" Blärrt da Michi in helliachta Verzweiflung: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! Hoch die Diktatur des Proletariats! Es lebe Sowjetrußland! Alles gehört allen..." „Brav, Michi, guat hast dei Sach' g'lernt", grinst da Jud', laßt 'n Bär'n vom Bandl und raamt am Michi sauba seine magern Tasch'n aus. „Wer ziagt 'm Arbeita 's Geld aus da Tasch'n und mäst si mit sein' Fleiß?" lacht a dreckig. Und da blind' Michi jammert: „Da Kapitalismus!" Schreit da Jud': „Jawol, die vasluachte Bourschoasie, d' Junka und d' Großkopfat'n! An den Galgen mit ihnen!" und ziagt am Michi sei letzt's Trumm Brot aus da Hosntasch'n. Dabei kimmt eahm aa am Michi sei Taschenmesserl in d' Finga. Jetzt fangt a z' plärr'n an: Da Michi, der scheinheilige Tropf, hätt' no net abg'rüst', und es waar eahm net ernst mit sein Pazifismus und sein Internationalismus..., und dessöll Mistviech, da Gockl, macht a Mordsg'schroa: daß eahm da Michi abkrag'ln wollt, und daß a seines Lebens nimma sicha waar — und arbat wia narrisch auf eahm rum mit sein scharf'n Schnabl, de langa Spor'n und Krall'n. Und de andern Viecha taan grad schrei'n und brüll'n und grins'n, und machan a zünftige Gaudi. D' Ries'nschlanga wickelt si um an Michi ummi und zischelt eahm in d' Ohrwaschln: „Siehgst as und g'spürst as, meine vierzehn Pünkterln! Des kimmt davon, weil du gar so schön drauf reing'fall'n bist. Aba weißt no dei Unrecht einsiehgst jetza, du Kriaganstifta, du ganz abscheilicha! Hab' di no stad und mach guatding Reu' und Leid'! Na werd scho all's wieda guat werrn!" Dabei druckt's am blind'n Michi d' Ripp'n a weng z'samm, daß eahm da Schnaufa ausgeht. Na laßt s' 'n los, und da Michi fallt am Bod'n hin. Auf dees hat da pollackische Adla grad g'wart', hupft eahm auffi und hackt eahm 's G'wand in Fetz'n runter, und d' Fleischfetz'n gengan aa mit. Und da Gockl hackt von da andern Seit'n auf eahm los und macht sei gräuslich's G'schroa. Und de ganze Viecherei fallt wieda übern Michi her, maltratiert 'n, und schreit und brüllt... Grad da kloane gelbe Aff steht a so hiebei und grinst von oan Ohrwaschl zum andern. Der hat sei' Sach' scho. Ebber paßt er aa schen stad auf ebbas anders...

Wia waar's, Michi, dumma Zipfi, wann'st dei damische rote Zipflhaub'n lupf'n tatst? Moanst net, du tatst besser sehg'n? Und wannst da nacha gnua g'sehg'n hätt'st, tat'st ebber do vielleicht in d' Händ' spuck'n, wia'st as früherszeit'n g'macht hast, und nacha... Woaßt as scho, was i moan!

Hartmut.

Erklärung des Hochschulkreises Bayern.

Der a.o. Kreistag des Hochschulkreises Bayern am 22. Januar 1922 zu München erklärt, daß er die in Göttingen durch die Kreisleiter und die Vertreter der Fraktionsgruppen innerhalb der Deutschen Studentenschaft angenommene und am 16. Januar 1922 verfügte Notverfassung nicht anerkennen kann, da sie jeder Rechtsgrundlage entbehrt.

Die Vertreter der Kreise der Deutschen Studentenschaft haben keine Möglichkeit gehabt, sich vorher mit ihren Studentenschaften über diese grundlegende Änderung auszusprechen, da eine Verfassungsänderung in der Tagesordnung nicht vorgesehen war.

Die Vertreter in Göttingen haben demnach ohne satzungsmäßige Vollmacht ihrer Körperschaft eigenmächtig, über die örtlichen Studentenschaften hinweg, allen Rechten der studentischen Selbstverwaltung und der demokratischen Idee zuwider, der Deutschen Studentenschaft eine neue Verfassung diktatorisch aufgezwungen. Zudem haben hochschulpolitische Verbände diese Notverfassung als bindend erklärt, obwohl sie keine verfassungsmäßigen Glieder der Deutschen Studentenschaft sind.

Der Kreis Bayern steht nach wie vor auf dem Boden des Rechtes, also auf der nach dem Spruchhofsgutachten allein rechtsgültigen alten Göttinger Verfassung. Aus dieser Einstellung heraus sah sich der Kreistag gezwungen, den bisherigen Leiter des Kreises Bayern, Herrn cand. rer. pol. K. H. Siegert, der durch eigenmächtige Unterzeichnung der Notverfassung seine Befugnisse überschritten hatte, seines Amtes zu entheben.

Studenten! Seit jeher ist der deutsche Student für Recht und Ordnung eingetreten. Die Notverfassung ist ein Rechtsbruch und gleichbedeutend dem Ende aller studentischen Selbstverwaltung. Wollt Ihr das Werk, das Eure aus dem Felde heimgekehrten Kommilitonen aufgerichtet haben, durch einen Handstreich zerstören lassen?! Steht also fest bei Euren von Euch selbstgewählten rechtmäßigen Führern, die allein eine friedliche Weiterarbeit für Euer und unseres Vaterlandes Wohl gewährleisten!

Das Kreisamt Bayern

gez.: Kersten, stellv. Kreisleiter.

Aus der Bewegung

Parteigenossen!

Zum ersten Male wird die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei anläßlich ihrer Generalversammlung am 29. mit 31. Januar 1922 zahlreiche Gäste aus dem übrigen Deutschland bei ihren Verhandlungen in München begrüßen können.

Infolge der außerordentlich beschränkten Geldmittel, die zahlreichen unserer Parteigenossen zur Verfügung stehen, hängt die Möglichkeit ihres Erscheinens von der Beschaffung unentgeltlicher Quartiere ab.

Die Parteileitung ist nicht in der Lage, Gasthöfe usw. mieten zu können, sie muß sich an ihre Mitglieder wenden mit der dringendsten Bitte um kostenfreie Überlassung von Zimmern bzw. Schlafstellen für ärmere Parteigenossen von auswärts.

Es kommen in Betracht dafür die Nacht vom 29. auf 30. und vom 30. auf 31. Januar.

Wir bitten deshalb, daß Parteigenossen, die in der Lage sind, einen oder evtl. zwei Gäste bei sich beherbergen zu können, dies bis Samstag, den 28. Januar 1922, mittags, in der Geschäftsstelle der Partei, Corneliusstraße 12, anmelden.

Aus Hannover erhalten wir soeben die erfreuliche Mitteilung über die vollzogene Einigung der dort bestehenden Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und der Deutschsozialistischen Partei. Die Deutschsozialistische Partei trat dort in einer am 20. Januar stattgefundenen Mitgliederversammlung geschlossen in die Deutsche Arbeiterpartei ein. Damit dürfen wir nun hoffen, daß in Hannover der Kampf jetzt in einheitlicher, entschiedener Form geführt wird. Es erscheint uns dies auch als ein besonders glückliches Zeichen im Hinblick auf die Tagung, die demnächst in München stattfinden wird, und die vermutlich die Einigung weiter ausbauen dürfte. Die neu zu uns Kommenden begrüßen wir auf das herzlichste. Wir sind überzeugt, daß es sie nie gereuen wird, in unseren Reihen zu fechten.

Landshut. In einer Versammlung unserer Partei im Gasthaus „Reichhart" sprach am vergangenen Montag unser Münchener Parteigenosse Hermann Esser über das Arbeitsprogramm der Partei im neuen Jahre. In außenpolitischer Beziehung sei es unsere Hauptaufgabe, unsere Volksgenossen davon zu überzeugen, daß es einen innerpolitischen Umschwung zum Besseren und einen sozialen Aufstieg überhaupt nicht gebe, solange von deutscher Seite auf jede Außenpolitik absichtlich verzichtet werde. Das, was die Berliner inoffiziellen Regierungsjuden zur Zeit Außenpolitik nennen, sei lediglich ein Kuhhandel und Opportunitäts„politik" allergemeinster Sorte. Innenpolitisch wichtig sei der Kampf gegen die im Frühjahr beginnende Ausplünderung Bayerns unter dem Deckmantel „Gewerbeschau" und „Passionsspiele". Auf Wunsch der Versammlung besprach der Redner auch den Prozeß Ballerstedt. Das Urteil bezeichnete er als einen Justizirrtum allerschlimmster Sorte. Die Versammlung beschloß einstimmig, an den Justizminister folgende Entschließung zu senden: „Eine Versammlung der N.S.D.A.P., Ortsgruppe Landshut, am Montag, den 16. Januar 1922, nimmt voller Entrüstung Kenntnis des jedem Gerechtigkeitsgefühl hohnsprechenden Urteils gegen die Führer der Partei. Sie vergleicht diese Verurteilung zu einer hohen Gefängnisstrafe mit den geradezu lächerlichen Strafen, die gegen Attentäter auf das Auto des „Miesbacher Anzeigers" ausgesprochen worden sind. Die Versammlung macht den Herrn Justizminister aufmerksam, daß sie ihren vergewaltigten Führern unter allen Umständen die Treue halten werden. Sie fordert von dem Herrn Justizminister unverzüglichst eine Revision des auf einem Justizirrtum beruhenden Urteils, widrigenfalls es für uns kein Vertrauen mehr zu einer objektiven Rechtsprechung gibt.

Erklärung.

München, 23. Januar 1922.

Die zum Vertretertag des Landesverbandes Bayern im Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbunde am 21. und 22. Januar 1922 in München versammelten Vertreter bayerischer Ortsgruppen sind nach eingehender Beratung und Erörterung aller in Betracht kommenden Umstände und Verhältnisse auf Grund eines erdrückenden vorliegenden Materials zu der Überzeugung gekommen:

1. Die Einberufung des Vertretertages durch die Bundesleitung ist gemäß den Satzungen vereinsgesetzlich zu Recht erfolgt. Seine Beschlüsse sind demzufolge verbindlich.

2. Die von den Herren Rudolf John Gorsleben (München) und Lorenz Mesch (Regensburg) in Zeitungsaufrufen und Flugblättern gegen die Hamburger Hauptgeschäftsstelle erhobenen Anklagen in Sachen ihrer Finanzgebarung gegenüber Bayern sind haltlos und wahrheitswidrig. Ortsgruppen und Mitglieder sind durch die wider besseres Wissen erhobenen Anschuldigungen der genannten Herren irregeführt worden.

3. Die übrigen Behauptungen gegen die Geschäftsführung der Bundesleitung und den Gruppenwart der Ortsgruppe München haben sich als falsch erwiesen.

4. In solcher Weise irregeführte Unterzeichner von Flugblättern und Aufrufen hätten ihren Namen nicht hergegeben, wenn sie vorher wahrheitsgemäß über den Tatbestand aufgeklärt worden wären.

gez. Heinrich Schöndohm (Lindau); gez. Hans Dietrich (Kreisleiter von Oberfranken); gez. Otto Hellmuth (Kreisleiter von Unterfranken); gez. Gustav Neutsch (Koburg); gez. H. Bergen (Ulm-Neuulm); gez. L. Pöll (Schweinfurt); gez. Mick (Nürnberg); gez. Julian Schmitzner (Öttingen); gez. W. Gudelsberger (Hof); gez. Rudolf Wirth (Wasserburg); gez. Will. Reiß (Regensburg); gez. J. Lehmann (München); gez. Kurt Steinberger (Aschaffenburg); gez. Werner Peters (Würzburg); gez. Herbert Bräuer (Hof); gez. Justizrat v. Zezschwitsch (München).

Bei der Abstimmung über den Ausschluß der Herren Gorsleben und Mesch aus dem Schutz- und Trutzbunde wurde einstimmig vom Vertretertag beschlossen, bei der Bundesleitung zu beantragen, die betreffenden Herren „cum infamia" aus dem Bunde auszuschließen.

Der Vertretertag des Schutz- und Trutzbundes der Ortsgruppen und Kreise Bayerns unter der ebenso sachlichen wie gewandten Leitung des Herrn Dr. Kühn hat endlich die Luft gereinigt zwischen Bayern und Hamburg. Der Hauptgeschäftsführer des Bundes, Herr Alfred Roth, wies an der Hand von unwiderleglichen Beweisstücken nach, daß die heimliche und doppelzüngige Minierarbeit John-Gorslebens und Meschs tatsächlich bestand und die einheitliche Leitung des Bundes aufs schwerste gefährdete. Mit ihnen nahm an dem unsauberen Treiben teil ein Professor Dr. Otto alias Ruge (!) aus Heidelberg, vor dem hiermit dringend gewarnt wird. Die ganzen Loslösungsbestrebungen von Hamburg scheinen ein weitgestecktes politisches Ziel gehabt zu haben, von dem noch bei gegebener Zeit zu sprechen sein wird. Gorsleben sowohl wie Mesch hatten es nicht für nötig befunden, trotz mehrfacher Einladung, zu der Tagung zu erscheinen, um sich zu rechtfertigen. Nur Herr Mesch tauchte plötzlich am Sonntagnachmittag auf, nachdem er es bezeichnenderweise fertig brachte, einige Zeit hinter der Türe des Versammlungslokales zu horchen. Sein theater- und meteorhaftes Auftreten hernach bewies wohl mehr als genug, daß der Antrag auf seine Ausschließung cum infamia (= mit Schimpf und Schande) ebenso gerechtfertigt war wie bei Gorsleben, den die Ortsgruppe München bereits cum infamia ausgestoßen hatte.

Im Laufe der Verhandlungen trat zutage, daß es allem Anschein nach dieselbe Gruppe war, wenn auch unter verschiedener Maske, die seinerzeit die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei durch Beschimpfung Hitlers zu sprengen versuchte. Genau so beschimpften Gorsleben und Mesch mit dem Außenseiter Ruge Herrn Justizrat von Zezschwitz, Herrn Alfred Roth und andere in der gemeinsten und niederträchtigsten Weise völlig grundlos.

Die Tagung nahm aber einen um so würdigeren und erhebenderen Abschluß, als die volle Einmütigkeit und das mannhafte Vertrauen zur Hauptleitung Hamburg, insbesondere zur Führung Roth und von Zezschwitz bei allen Vertretern und Teilnehmern wiederkehrte, die vielfach mit den gleichen schmutzigen Mitteln der Lüge und Verleumdung abspenstig gemacht werden sollten. Aus der Versammlung heraus wurde der Treue zu den bisherigen Führern Ausdruck verliehen durch Erheben von den Sitzen.

Die Wahrheit, die auf dieser Tagung klar und deutlich sich über dem Sumpf dunkler Machenschaften erhob, wird sich bestimmt Gehör und Geltung verschaffen. Nach der Ausschaltung dieser Treibereien wird es sich auch erweisen, daß ein förderliches Zusammenarbeiten zwischen dem Schutz- und Trutzbund und der D.A.P. nicht nur möglich, sondern unerläßlich ist. Stammte doch der Störenfried in beiden Bünden aus dem gleichen Klüngel. Das ist wohl zu beachten und darf auch für die Zukunft nie aus dem Auge gelassen werden. Es wird im Schutz- und Trutzbund nicht anders sein als bei der D.A.P.: Nach der Beseitigung der Verräter hält er noch fester zusammen und wird klarer kämpfen als vorher.

Hsj.

Beleidigungsprozeß des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens gegen Justizrat von Zezschwitz in München

Dieser Tage ist einer der interessantesten Prozesse, den das Judentum zur Zeit gegen völkische Vorkämpfer führt, und die deren Zermürbung durch die geldgewaltige, geschlossene Front Alljudas herbeiführen soll, verhandelt worden. Ob es den anwesenden Juden bei der Verhandlung immer ganz wohl zumute war, ist zu bezweifeln, denn das Anklagematerial gegen das Judentum im ganzen wächst lawinengleich an, und Prozesse, die die Judenfrage behandeln, besonders wenn sie genau und ausführlich geführt werden, wachsen immer mehr zu sogen. Monstre-Prozessen aus, die ein ungeheueres Zeugenmaterial beanspruchen und tagelang sich hinziehen.

Der Schutz- und Trutzbund München hatte gegen Ende Mai 1921 durch ein Plakat für einen Vortrag über „Völkischen Aufbau" eingeladen. In dem Texte dieses Plakates war u. a. auch gesagt: „Der gesunde Aufbau ist aber unzweifelhaft nur möglich, wenn das unserem Volkskörper fremd bleibende Judentum weder wählen noch gewählt werden, noch überhaupt politisch und geistig — sei es durch Lehrtätigkeit oder durch die Presse — im deutschen Volksleben mitwirken darf ... Was täuschen uns Männer wie Dr. W..., G... und der jüdische Zentralverein vom Einpassen der Juden in deutsches Volkstum und Staatsbürgertum vor! Man vergleiche doch die sog. Bücher Mosis: Gen. XVII 8, XXVI 3, Exod. XXIII 32, XXXIV 12, 13, Deut. VII und die Straffälle Gen. XXXVIII und Richt. III. Die dort verkündete und eingeschärfte alte jüdische Satzung blieb und bleibt felsenfest bestehen: ‚Bleib' ein Fremdling in dem Lande, dahin du kommst, um es einzunehmen.' Und noch vor kurzem hat der Jude Dr. A. Brünn unter Beifall des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens' das Wesen des Judentums in Beziehung auf Wirtsvolk und völkische Eigenindividualität in die klaren Sätze zusammengefaßt: ‚Die deutschen Juden können deutsches ‚Nationalgefühl' nicht haben.' ‚Unter jüdischem Nationalbewußtsein aber ist das lebendige Bewußtsein einer gemeinsamen Abstammung, das Gefühl der Zusammengehörigkeit der Juden aller Länder und der feste Wille zu einer gemeinsamen Zukunft zu verstehen.' Da gibt es keinen Zweifel mehr: Von unserem völkischen Wiederaufbau müssen die Juden ausgeschlossen werden."

Justizrat v. Zezschwitz in München übernahm die Verantwortung für diesen Text und wurde daher von dem Zentralverein wegen Beleidigung vor das Schöffengericht München geladen. In der Hauptverhandlung am 16. Januar stützte sich der genannte Anwalt auf eine Fülle von Äußerungen jüdischer Schriftsteller und jüdischer Zeitschriften, zum Teil aus den Reihen der jüdischen Liberalen, zum Teil aus denen der Zionisten. Er verwies des weiteren auf Seite 102—103 in dem Werk von Dr. Delitzsch: „Die große Täuschung", auf die Schrift „Die historische Weltstellung der Juden und die moderne Judenfrage" von Prof. Dr. C. F. Hemann (Leipzig, Hinrichsche Buchhandlung), wobei er besonders auf die weitgehende Duldsamkeit dieses Gelehrten (S. 52 ff.) hinwies, im übrigen darlegen konnte, daß beide Gelehrte, Delitzsch und Hemann, dem Judentume überhaupt die Fähigkeit nationalen Empfindens im Sinne der Wirtsvölker abgesprochen haben. Den gleichen Nachweis suchte er durch das Buch „Die Juden im Urteil der Zeiten" von Ottokar Stauff von der March, 1921 beim Deutschen Volksverlag in München erschienen, zu führen, aus welchem Buche er besonders die Beurteilung dieser Frage durch das Deuteronomium selbst, durch Disraeli (1844), durch Dr. A. Grabowski (1913), Moritz Goldstein (1912), Walter Rathenau (1918), Bernhard Cohn (1890), Bebel (1890), Max Nordau (1890), Otto Weininger (1904) und Roderich Stoltheim (1913) vorlas. Daran schloß sich die Verwertung weiterer jüdischer Stimmen aus der Hammer-Schrift „Jüdische Selbstbekenntnisse" (1920), wie der Äußerungen des Rabbiners Lipmann-Cerfberr im Pariser Synedrium 1806, des Dr. B. Cohn in den „Jüdisch-politischen Zeitfragen" und des Karl Marx, des Vaters des kommunistischen Programms, nach den deutsch-französischen Jahrbüchern 1844. Er brachte auch Zeugen zur Bestätigung seiner Behauptungen, wie Alfred Rosenberg, Dietrich Eckart und Schulrat Dr. Rohmeder. Schließlich wurde u. a. auch Justizrat Dr. Leo Oppenheimer in München als Zeuge darüber befragt, ob er Mitglied des Zentralvereins sei, und ob er nicht am Tage der Versenkung der deutschen Kriegsflotte im Frühjahr 1919 diese Tat als eine „Gemeinheit" bezeichnet und diese Worte trotz aufwallenden Protestes des Fragestellers mit Nachdruck bestätigend wiederholt habe. Der Zeuge mußte diese Fragen bejahen, wollte aber die Wahl des Ausdruckes „Gemeinheit" damit rechtfertigen, daß er bei dieser Gelegenheit noch in schwerer Sorge wegen seines in englischer Gefangenschaft befindlichen Sohnes geschwebt habe.

Trotz aller dieser Beweisergebnisse konnte sich das Schöffengericht nicht entschließen, die Unterstellung bewußter Täuschung durch den Zentralverein straflos hingehen zu lassen, und verurteilte den Privatbeklagten zu einer Geldstrafe von 500 M., wobei allerdings der Tiefstand unserer deutschen Valuta der gesetzlichen Vorschrift entsprechend berücksichtigt wurde und zum Ausdruck kam. Es fiel auf, daß bei der Begründung des Urteils durch den Vorsitzenden die Ergebnisse der Beweisführung aus dem Schrifttum überhaupt unberücksichtigt geblieben sind. Es mag dies auch daran liegen, daß bei der vorgerückten Zeit (es ging auf 10 Uhr abends) nur das leichter greifbare Ergebnis des Zeugenbeweises in Betracht gezogen werden konnte.

Alle diese Streitfragen können natürlich von einem Schöffengericht nicht verhandelt werden — selbst dem Verhandlungsleiter wurde es schwer, dem ihm anscheinend ganz fremden Stoff immer mit dem nötigen Verständnis zu folgen —, so daß anzunehmen ist, daß gegen dieses Urteil Berufung eingelegt wird.

Wie die Geschichte gefälscht wird

Bismarck war sich bekanntlich der Tragweite des jüdischen Problems nicht ganz bewußt. Er glaubte die Juden für seine Ziele und Zwecke ausnützen zu können, den „brauchbaren" im Staatsmechanismus die ihnen auf Grund ihrer „Anlagen und Fähigkeiten" zukommenden Stellen nicht verschließen zu dürfen, kurz, er wollte dem Staate alle Kräfte nutzbar machen. Andererseits lag ihm aber das jüdische Wesen nicht, und er scheute sich auch nicht, mit der ihm oft eigenen Grobheit dreinzufahren. Aber den folgerichtigen Antisemitismus seines Hofpredigers Stöcker lehnte er ab.

Da schreibt ein Jude, der Ministerialrat Otto Jöhlinger, ein Buch über „Bismarck und die Juden", das keinem anderen Zwecke dient, als Bismarck als den ausgesprochenen Judenfreund hinzustellen, der das Judentum in seiner Gesamtheit als nützlich und notwendig anerkannt habe. Dabei muß jenes Wechselspiel mit Bleichröder, in welchem Bismarck der deutschen Sache dienen zu können glaubte, während er selbst ausgenutzt wurde, dann auch die Beziehungen zu Rothschild und anderen Geldgewaltigen herhalten, um Bismarcks grundsätzlichen Philosemitismus darzutun. Dabei sucht man noch den Gegensatz zwischen dem vorkanzlerischen Bismarck und dem Kanzler Bismarck in die Wagschale zu werfen, um die „Bekehrung" Bismarcks, der vor seiner Kanzlerschaft mehr antisemitische Züge aufweist, darzutun. Der Standpunkt des Realpolitikers Bismarck wird dem des Menschen Bismarck gleichgesetzt. Darum wird alles, was Bismarck gegen das Judentum sagte und schrieb, abschwächend, verschleiernd erwähnt oder auch nicht erwähnt, während Bismarcks Gegnerschaft zum Antisemitismus, der dem Realpolitiker unzweckmäßig erscheint, aufgebauscht, hervorgehoben und in wahrem Sinn umgedeutet wird. So fehlt zum Beispiel jene Anekdote vollständig, wo ein jüdischer Unterhändler einer Finanzgruppe Bismarck zum Abschluß eines gewinnbringenden Geschäfts veranlassen will, was Bismarck damit beantwortet, daß er den anmaßenden Besucher auf den Unterschied ihrer beider Körpergestalt und die Steilheit der Treppe aufmerksam macht. Auch hat Herr Jöhlinger begreiflicherweise ganz vergessen (obwohl er eine Gesamtdarstellung geben will), an der Stelle, wo von Bismarcks Tätigkeit als Bundesgesandter in Frankfurt gesprochen wird, jene unzweideutige briefliche Äußerung an Gerlach anzuführen: „Die unwürdige Politik Falstaffs muß bittere Früchte tragen, wenn nicht bald eine Umkehr erfolgt und dem Judengesindel die Zügel aus der Hand genommen werden?" Auch fehlt der schwerwiegende Ausspruch von der „fliegenhaft beharrlichen Zudringlichkeit und Dummdreistigkeit" gewisser Juden (Busch II), und doch würden gerade mit diesem Ausspruch Bismarcks Beziehungen zu den Bamberger, Friedberg, Lasker usw. am besten gekennzeichnet.

Ist man bisher vielleicht noch nicht berechtigt, Jöhlingers Machwerk eine Fälschung, einen großen Bluff zu nennen, so doch, wenn man folgendes erfährt. Am Schluß des Buches läßt Jöhlinger den anderen großen Deutschen des vorigen Jahrhunderts als Freund der Junker aufmarschieren, Goethe! Auch er muß, allerdings mit grober, echt jüdischer Fälschung, für das Judentum eine gewichtige Lanze brechen. Jöhlinger holt dabei den Goethebiographen Bode als Gewährsmann in dessen Werk: „Meine (Goethes!) Religion, mein politischer Glaube" herbei, um Goethes religiös-politische Ansichten gegen den Antisemitismus ins Feld zu führen. Doch wie steht's damit?

Bekanntlich gibt es auch noch eine andere Quelle über Goethe, so z. B. Freiherrn v. Biedermanns „Goethes Gespräche". Im Lichte dieser Darstellung wird Jöhlingers Bodezitat als aufgelegter Schwindel entlarvt. Bekanntlich geriet Goethe, wie der Kanzler F. v. Müller erzählte, „in leidenschaftlichen Zorn über das neue Judengesetz, das die Heirat zwischen Glaubensverwandten", also die Ehen zwischen Juden und Christen, gestattet. Alle sittlichen Gefühle in den Familien, die doch auch auf dem religiösen ruhten, würden durch solch ein skandalöses Gesetz untergraben. Überdies wolle er nur sehen, wie man verhindern wolle, daß eine Jüdin einmal Oberhofmeisterin werde. Das Ausland müsse durchaus an Bestechung glauben, um die Adoption dieses Gesetzes begreiflich zu finden; wer wisse, ob nicht der allmächtige Rothschild dahinterstecke, so äußerte sich Goethe (Biedermann, 1910, III. Bd.). Diese Äußerung wird nun bei Jöhlinger (bzw. Bode) mit einer anderen, zwölf Jahre älteren, in Zusammenhang gebracht, um die Wirkung von Goethes Worten abzuschwächen. Damals nämlich hatte Goethe in Karlsbad mit dem „böhmischen Edelmann" Simon v. Laemel, „der in seiner Aussprache die jüdische Herkunft merken ließ", eine Unterredung, in welcher letzterer Goethe seine und der Judenschaft durch Schillers „Sendung Mosis" hervorgerufene Kränkung zu erkennen gab, worauf Goethe den Prager Bankier mit einigen liebenswürdigen und versöhnenden Worten über das peinliche Judenproblem in aller Höflichkeit hinwegzuführen suchte. (Biedermann, II. Bd., S. 731.) Diese höflichen Worte Goethes nun stellt Bode und Jöhlinger mit denen zwölf Jahre später geäußerten über die Mischehe zusammen, um sie aufzuheben und widerrufen erscheinen zu lassen!

Dies allein sagt genug, was von Jöhlingers Werk zu halten ist, das natürlich vom Zentralverein recht nachdrücklich empfohlen wurde. So sucht man die Geschichte im Sinne Judas zu fälschen, um die „Vorurteile" zu beseitigen und dem deutschen Volk ein falsches Bild von der Art und dem Denken seiner Großen zu geben.

M.

„Süddeutsche Presse" und Hochschulring.

Die „Süddeutsche Presse" macht schlechte Geschäfte. Sie erscheint nur noch jeden Samstag, und das ist nicht schade; denn viel Gescheites bringt sie nicht, wenn auch jetzt der ehemalige Reichsschatzminister Gothein ihr Mitarbeiter ist. Seit einiger Zeit befaßt sich das Blatt nun mit Hochschulfragen in seiner Beilage „Süddeutsche Hochschulblätter", welche im „Völkischen Beobachter" vom 7. Dezember 1921 bereits besprochen wurden. In Nummer 1 der diesjährigen „Süddeutschen Hochschulblätter" werden in zwei Artikeln, „Die Germania und der Hochschulring" und „Am Gängelband", dem Hochschulring deutscher Art parteipolitische Ziele angedichtet, einfach deshalb, weil ihm Mitglieder nationaler Parteien angehören. Das ist eine glatte Entstellung. Während des Krieges hatte sich an unseren Hochschulen das Judentum breit gemacht, hier in München die durchaus jüdisch geführte „Freie Studentenschaft". Lediglich als Abwehr gegen dieses Verdrängen wurde der Hochschulring gegründet, er verlangt von seinen Mitgliedern nur deutsche Abstammung und Gesinnung, was allerdings der „Süddeutschen Presse" schon hinreichend verdächtig ist. Der Fall Kantorowicz ist im „Völkischen Beobachter" vom 7. Januar 1922 genügend geschildert, die Stellung der deutschfühlenden Studentenschaft kennzeichnet ein Aufsatz im Januarheft der „Akademischen Blätter". Der Verlauf des Erlanger Studententages ist eingehend in Nr. 11, Jahrg. 1921, von „Deutschlands Erneuerung" wiedergegeben. Auf die übrigen Anwürfe der „Süddeutschen Presse" gegen den seines Deutschtums bewußten Teil der Studentenschaft einzugehen, lohnt nicht die Mühe. Die [illegible] Hintermänner des Blattes werden nie begreifen können, daß ein Deutscher an der Front für sein Vaterland gekämpft hat und ihm auch im Unglück die Treue wahrt.

B.

Zur Brotfrage.

Die fortwährende Steigerung der Brotpreise beunruhigt bereits die weitesten Kreise der Bevölkerung. Es ist dies auch nicht zu verwundern, denn schließlich ist und bleibt doch das Brot unser Hauptnahrungsmittel. Eine weitere Preissteigerung (man faselte bereits von 12 M. pro Pfund) wäre der Vorbote einer auch bei uns allmählich einsetzenden Hungerkatastrophe. Noch ist es aber nicht alle Tage Abend; denn die deutsche Technik hat auch hier wieder einen Ausweg gefunden, den einzuschlagen wir verpflichtet sind.

Der Mühlentechniker und Erfinder Herr Stephan Steinmetz hat durch ein neues Mahl- und Backverfahren eine endgültige Regelung unserer Brotfrage gewährleistet. Wir haben bereits in unseren Nummern 75, 78 und 97 des Jahrgangs 1920 unter dem Titel „Brot und Technik" von diesem Verfahren berichtet. Nunmehr ist es auch gelungen, in München eine der in Berlin schon längere Zeit arbeitenden Mühlen zu errichten. Die Mühle ist in dem Anwesen der München-Dachauer Papierfabrik, Kegelhof 3, eingebaut. Roggen und Weizen werden bei dem patentierten Steinmetz-Mahlverfahren in strömendem (Leitungs-) Wasser von Schmutz und den unverdaulichen Fruchthülsen befreit. Dieser Vorgang gleicht dem jeder Hausfrau wohlbekannten „Schnipsen" der Mandel. Das so gereinigte und geschälte Getreide wird dann zu einem die Nährstoffe und gesunden Gärungserreger (Enzyme) enthaltenden, daher auch hervorragend backfähigen Mehl vermahlen, und zwar nicht nur zu Brotmehl, sondern auch zu Feinmehl in verschiedenen Sorten. Die Verbackung des Steinmetzmehles erfolgt in patentierten Backformen. Sie ergibt das helle, rötlichbraune Vollkornbrot, das an Nährwert alles bis jetzt gelieferte Brot übertrifft. Durch die hohe Ausmahlung des Mehles ist z. B. bei dem Verbrauch für Großberlin eine Ersparnis von wöchentlich 1 664 000 M., jährlich 86 528 000 M. festgestellt worden. Es steht nun in dem Willen der Bevölkerung, ob es ein außerordentlich vollwertiges und billigeres oder ein weniger nährwertiges und im Preise dauernd steigendes Brot haben will. H. S.

Die Gestaltung der Beamtenlaufbahn und die Behördenangestellten

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, Landesgeschäftsstelle München, schreibt uns hierzu:

Für 13. Januar wurde im Reichsministerium des Innern eine Besprechung über die künftige Gestaltung der Beamtenlaufbahn bei den Reichsverwaltungen angesetzt.

Insbesondere sollen Grundsätze für Beförderung und über die Art der zu verlangenden Vorbildung und sachlichen Ausbildung aufgestellt werden. Wenn diese Besprechungen der Ressorts unter sich abgeschlossen sind, soll ihr Ergebnis in den wirtschaftlichen Vertretungen der Beamten erörtert werden.

Die Behördenangestellten müssen dieser Neugestaltung der Beamtenlaufbahn außerordentliche Aufmerksamkeit schenken.

Das Vertragsrecht der Behördenangestellten, geschaffen mit Teiltarifvertrag vom 4. Juni und Mantelvertrag vom 6. November, ist sowohl hinsichtlich der materiellen wie ideellen Bestimmungen eng an die Beamtenbesoldung angelehnt. Der Reichsminister der Finanzen hat mit Erlaß vom 3. Dezember, I B 74 656/21, auf Grund der Entscheidungen des besonderen Schlichtungsausschusses auf die Verpflichtung der Reichs- und Staatsbehörden hingewiesen, daß den Angestellten im Rahmen des Vergütungstarifs gleichartige Aufstiegsmöglichkeiten zu gewähren sind, wie sie für vergleichbare Beamte derselben Verwaltung auf Grund der Besoldungsgesetze und Besoldungspläne einschließlich der Haushaltpläne bestehen. Hieraus ergibt sich, daß die wirtschaftlichen Interessen der Behördenangestellten eng mit dem Beamtenbesoldungsgesetz und damit mit den jeweiligen Änderungen dieses Gesetzes verbunden sind.

Aus diesen Erwägungen heraus und aus der Tatsache, daß gerade hinsichtlich der Eingruppierung der Angestellten in Anlehnung an die gleichartige Tätigkeit der Beamten dauernd Differenzen entstehen, hat der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband mit den Verbänden des Gesamtverbandes deutscher Angestelltengewerkschaften — insbesondere mit dem Reichsverband deutscher Bureau- und Behördenangestellten —, Sitz Essen, welcher nunmehr auch in München eine Landesgeschäftsstelle errichtet hat, die notwendigen Schritte eingeleitet, den Besprechungen zur Neugestaltung der Beamtenlaufbahn zugezogen zu werden, um besonders auch die wirtschaftlichen Interessen der Behördenangestelltenschaft zu betonen.

Manteltarif und Ergänzungsabkommen zum Teiltarif für die bayerischen Staatsangestellten

Hierzu schreibt uns der Gesamtverband Deutscher Angestelltengewerkschaften — Gedag — (Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, Reichsverband Deutscher Bureau- und Behördenangestellten, Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten):

Die Stellungnahme des Ministerrats zu dem Ergebnis der mit den Vertretern der bayerischen Staatsbehörden gepflogenen Tarifverhandlungen vom 17., 18. und 25. November 1921 hat am 17. Januar nach reiflichen Erwägungen aller Beteiligten unserer Organisationsgliederungen zur Unterzeichnung des Manteltarifvertrags wie eines Übereinkommens zum Teiltarifvertrag vom 11. Januar 1920 geführt. Mit der Schaffung des Mantelvertrages sind nunmehr alle Fragen, die sich auf das Dienstrecht beziehen, wie Kündigungsfristen, Fortzahlung der Dienstbezüge im Krankheitsfalle, Urlaub usw. einheitlich geregelt und die bisher oft buntscheckigen, unklaren Dienstverträge aus der Welt geschafft. Die Revisionsverhandlungen zum Teiltarifvertrag haben allerdings zu einem befriedigenden Ergebnis nicht geführt; so hat der Ministerrat die Anrechnung der Privatdienstzeit (frühere kaufmännische oder technische Tätigkeit in der Privatwirtschaft) vertraglich nicht zugestanden. Die Ablehnung dieser wie einiger anderer Forderungen hat uns Veranlassung gegeben, die Vertragsunterzeichnung nur unter Vorbehalt neuerlicher Revisionsbeantragung vorzunehmen. — Der Zentralverband der Angestellten, der glaubte, durch „Atempo"-Unterzeichnung den bayerischen Staatsangestellten mehr zu dienen als durch vorherige ernsthafte Prüfung der Verhältnisse, dürfte durch die von uns vorgenommene Vertragsunterzeichnung nunmehr seiner Sorge, die er in der „Münchner Post" zum Ausdruck brachte, enthoben sein. Der D.H.V. hat unterzeichnet, und damit ist der Tarifvertrag rechtswirksam geworden. Nähere Auskunft über die Verhandlungsergebnisse erteilen der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, Fernsprecher 24 291, der Reichsverband Deutscher Bureau- und Behördenangestellten, Fernsprecher 51 600 und der Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten, Fernsprecher 27 937.

Die „dunklen" Vorgänge in Bayern.

Der Ministerpräsident Graf Lerchenfeld meinte in seiner ersten größeren Rede, die Mißstimmungen zwischen Berlin und Bayern seien wohl auf wahre Nachrichtenfabriken in Berlin zurückzuführen. Die Veröffentlichungen der „M. N. N." über „Dunkle Vorgänge in Bayern" lassen aber darauf schließen, daß eine solche Nachrichtenfabrik sich auch in München befunden hat. Die „M. N. N." nennen den Namen des Frhr. v. Leoprechting. Über die Verhaftung und Wiederfreilassung dieses Herrn haben wir im „Völkischen Beobachter" vom 11. Januar berichtet. Er war Herausgeber der „Neudeutschen Korrespondenz", hatte ein Bureau in Berlin und stand angeblich im Dienste der Reichsregierung. Gemeinsame Neigungen zu Frankreich verbanden ihn zudem mit der „Süddeutschen Presse". Seit einigen Tagen ist er nun verschwunden. Vielleicht hat er sich nach Berlin gewandt, um weiter „im Dienste der Reichsregierung" zu arbeiten. Es bleibt abzuwarten, was die Berliner Regierung zu diesem prächtigen Mitarbeiter sagen wird, dem auch Hochstapeleien nachgejagt werden.

Münchner Nachrichten

Die Bayerische Hausrathilfe teilt mit, daß die Geschäftsräume ab Montag, den 23. d. M., bis auf weiteres nur nachmittags von 2½ bis 5 Uhr geöffnet sind.

Ein vaterländisches Fest beging am 19. Januar im Bürgerbräukeller der Bayerische Ordnungsblock, der Hochschulring Deutscher Art, der Treubund Deutscher Künstler und die Deutschvölkische Arbeitsgemeinschaft. Frisches, belebendes Grün schmückte den reichlich überfüllten Saal. Dazwischen leuchteten vom Podium und von der Galerie die alten stolzen Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot. Die Klänge des Kaisermarsches von Richard Wagner, gespielt von der Kapelle der Landespolizei, rauschten durch den Saal. Ein Vorspruch, vorgetragen von Hofschauspieler F. Basil, verkündete Sinn und Zweck des Festes. Desgleichen zeugten von seiner Redekunst einige vaterländische Gedichte von Körner und E. v. Wildenbruch. Frau Riemann-Bucherer sang Lieder von Wolf, Schumann und Herrmann. Von tiefem, heiligem Empfinden zeugte das deutsche Märchen „Heilka" von Matthiessen, das Fr. M. Holgers den im Halbkreise um sich versammelten, lauschenden Besuchern erzählte. Deutsche Volkslieder, vom Deutschnationalen Männergesangverein unter der Leitung des Musikdirektors Riemeyer gesungen, beschlossen den ersten Teil des Festabends, dessen zweiter Teil dem Tanze gewidmet wurde.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dietrich Eckart. — Für den Anzeigenteil: Philipp Bouhler. — Verlag: Frz. Eher, Nachf., G. m. b. H. — Rotationsdruck: Münchener Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn. — Sämtliche in München.

JAWOHL!

Sie handeln falsch, wenn Sie bei Ihren Einkäufen Geschäfte berücksichtigen, die im „Völkischen Beobachter" nicht inserieren! Ein noch größerer Fehler ist es aber, wenn Sie bei Ihren Einkäufen auf unser Blatt keinen Bezug nehmen! Der Geschäftsmann ist dadurch sehr oft der irrtümlichen Meinung, daß seine Inserate in unserem Blatte keinen Erfolg hätten! Hier müssen Sie Änderung schaffen und uns durch Ihre praktische Tat unterstützen!

Antiquitäten
Teppiche, Gobelins, eingelegte Möbel, Ölgemälde, Miniaturen, Silbergegenstände, Holzfiguren, Fayence, Zinn.
Ankauf zu höchsten Preisen.
Komme auch auswärts.
Fischer, Hackenstr. 4 III r.
Telephon 55 853

Völkische Anzeigen
aller Art bringen sichern Erfolg in den
D.-V. Mitteilungen, Köln
Monatsblatt der Ortsgruppe Köln des Deutschvölkischen Schutz- u. Trutzbundes
Auflage z. Z. 2000
Anfragen an Kontor Windfelder, Köln
Rinkenpfuhl 17

	per Pfund
Reines Schweinefett (Deutsche Raffinade) . .	M. 27.50
Weißes Kokosfett . . .	M. 22.00
Schmelzmargarine Ia .	M. 24.00
Tafelmargarine Ia . .	M. 22.00
" IIa . .	M. 20.00
Rinderfett	M. 24.00
Palmin	M. 25.00
Vollmilch kond., gez., p. Dose .	M. 13.50

Prompter Versand
Bei Abnahme von 9-Pfund-Postkollis Porto und Verpackung frei. (Postscheckkonto München 31 ?8)
JOSEPH SCHÄFER
Butter- und Fettgroßhandlung
München, Kuffsteinstraße 16
Telephon 60 580

Herren-Hüte
werden umgearbeitet auf
Neueste Formen,
gedämpft, gefärbt, garniert
Kurt Weise, Hutmachermeister
Frauenhoferstr. 8 Linie 2 u. 7

Auskünfte
überallhin erledigt
Otto Miltsch
Auskunftei
Hohenzollernstraße Nr. 23
Telephon 30 968.

Korsetts
von M. 39,— an
Vornehme Maßanfertigung von prima eigenen wie mitgebrachten Stoffen, sowie Reparaturen. Großes Lager fertigen Korsetts in allen Preislagen.
G. Hofmann,
Augustenstraße 90/II, gegenüber d. Kammerspielen, Haltestelle Theresienstr. Linie 4, 7, 17. Telephon 30060.

Einjährig-Berechtigter (F.-S.)
sucht Anschluß an
Mittelschulkorporation

Piano
oder Stutzflügel, gut erhalten, gegen sofortige Barzahlung zu kaufen eventl. zu mieten gesucht. Angeb. an Barth-Reitmeier, Dienerstr. 7, Telef. 24004

Bis 10 Mark
zahlt und kauft
Frauenwirrhaare
Eduard Ehm
Morassistraße 2
Ecke Zweibrückenstraße.

Anzeigen im „Beobachter" haben größten Erfolg und finden weiteste Verbreitung.

Emmrich & Sohn
Privat- **TANZ**- Institut
Gegr. 1895 Gegr. 1895
Neue Kurse für sämtliche allgemeinen und modernen Tänze beginnen täglich.
Für die Übungsabende in der Tonhalle sind Karten für die Schüler nur im Institut zu erhalten.
Schillerstraße 30

Jedermann freut sich
wenn er seine getragenen Schuhe, Stiefel, Herren- und Militär-Kleider gut verkaufen kann — wo?
bei Melusin, Westenrieder Str. 4.

ff. fränk. Wurstwaren
täglich frisch!
Spezialität: Feinste Salami- u. Cervelat-Würste zu konkurrenzlos billig. Preisen
Reines Gänsefett . . . . ½ Pfd. M. 17,50
Echte Leitwürstel zu allen Preisen
J. WOHLFART, im nördl. Isartorturm

Verbreitet den „Beobachter"!

§ 175
Eine kritische Betrachtung des Problems der Homosexualität
Von Hansjörg Maurer
Preis M. 9,60, Versand nach auswärts M. 11,- gegen Voreinsend. des Betrages (Nachnahme M. 2,25 mehr)
Deutschvölkische Buchhandlung (Völkischer Beobachter) München, Thierschstraße 15, Fernruf 20 647
Postscheckkonto: Frz. Eher Nachf., G. m. b. H., München 11346

An das
Postamt
Hier.

Dem Briefträger mitgeben oder unfrankiert in den nächsten Briefkasten werfen.

Ich bestelle hiermit:
.... Stück „Völkischer Beobachter" München
für das —— Vierteljahr 1922 zu M. 12,—,
für den Monat .... 1922 zu M. 4,—
einschließlich Bestellgeld.

Name: .... Stand: ....
Wohnort: .... Postort: ....
Wohnung (Straße, Platz): .... Nr. ....

General-Mitgliederversammlung und Parteitagung

der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei

am 29. mit 31. Januar 1922 in München.

Am 5. Januar 1919 wurde die Deutsche Arbeiterpartei gegründet.

Ihre wirkliche Geburt fand freilich erst etwas später statt, nämlich am 24. Februar 1920, dem Tage, an dem die junge Bewegung zum ersten Male mit einer großen Massenversammlung an die Öffentlichkeit trat.

Damit soll nun nicht gesagt sein, daß im Jahre 1919 die Bewegung etwa geschlafen hätte. Im Gegenteil: In diese Zeit fällt jene unermüdliche stille Kleinarbeit, die die Vorbedingungen des späteren öffentlichen Erscheinens der Bewegung geschaffen hatte.

Diese Kleinarbeit mußte vor allem die fehlenden Mittel ersetzen. War doch die Bewegung am Tage ihrer Gründung arm wie eine Kirchenmaus, und zwar arm in doppelter Hinsicht:

Arm an Führern, denn wer kannte damals die Namen ihrer Gründer und Mitarbeiter? Niemand. In einem Meer von 60 Millionen Menschen einzelne unbekannte Namenlose.

Und zu dieser vielleicht schwersten Armut kam endlich noch die materielle, finanzielle hinzu.

Monate vergingen, und die Bewegung besaß selten ein Vermögen, das — es klingt heute geradezu unglaubwürdig — über 10 Mark hinausging. Und jeder Versuch, diese Not zu beheben, wäre damals von vorneherein vergeblich gewesen. Immer hätte man die eine Antwort auf jede Bitte erwarten müssen: „Wer sind Sie? — Was wollen Sie? — Eine Bewegung gründen? Lächerlich! — Wer steht hinter Ihnen? Also niemand, und da glauben Sie, daß — —.

Deutschland hat 60 Millionen Menschen, da könnte jeder daherkommen und sagen, ich will... und ich brauche deshalb — — —."

Nein!

Die erste Voraussetzung der jungen Bewegung mußte unermüdliche Arbeit sein. Zunächst schon für ihre Führer. So bitter schwer es fiel; ohne jede Unterstützung von anderer Seite hatten sie sich zunächst einen Namen zu erkämpfen, sich selber und der Bewegung.

Und zweitens mußte aus diesem ganz kleinen Kreis von Menschen an Geld herausgeholt werden, was irgendwie erfaßbar schien, bis zu jenem Tage, an dem sie so dank eigener Arbeit und eigener Opferwilligkeit in die Lage kommen konnten, zum ersten Male in die Öffentlichkeit zu treten und das Augenmerk breiter Massen auf sich zu ziehen.

Ein schwerer Anfang.

Und trotzdem liegt gerade in dieser harten Arbeit der Keim zu einer späteren Größe. Führer und Parteigenossen haben aus dieser Zeit einen wahren Brunnen unerschöpflicher Zuversicht mitgenommen. Beide sind sie heute von der Überzeugung durchdrungen, daß dem unbändigen Willen nichts Unmögliches gegenübersteht.

Diese ganze Entwicklung aus Not und Armut und Verborgenheit brachte weitere Notwendigkeiten mit sich.

Man muß die Zeit, in der die Bewegung gegründet wurde, wohl begreifen. Gleich einer erstickenden Flut floß damals über Deutschland das Gift des jüdisch-internationalen Geistes dahin. Unerhört gewaltig erschienen die Parteien, die der Jude zur Durchführung seiner Weltherrschaftspläne ins Leben gerufen hatte. Zerschlagen war der gewaltigste Staat der Erde, seine Tradition schien ausgerottet. Ein 60-Millionen-Volk begeiferte seine eigene Ehre, besudelte seine nationalen Heroen der Wissenschaft und des Schwertes, beschimpfte seine eigene Geschichte, verzichtete auf das höchste Gut, das Glück der eigenen Freiheit, und bot sich freiwillig selbst zum Sklaven der ganzen anderen Welt an, nur von einem einzigen großen entsetzlichen Trieb beherrscht, dem der sadistischen Lust an der eigenen Erniedrigung.

Ein unaufhaltsamer Marsch schien damals beginnen zu wollen, ein Marsch zum Untergang und zum ewigen Ende unseres Volkes.

Und was war demgegenüber an Kräften des Widerstandes vorhanden?

Gar nichts.

Ein Haufen feiger, bürgerlicher Dreckseelen, mit dem Maule Hurra schreiend, tatsächlich aber vor jedem Straßenbold erzitternd, bereit, sich jeden zweiten Tag auf irgendeinen neuen Boden von Tatsachen zu stellen. Von sittlicher Vertiefung schwätzten sie, moralischer Wiedergeburt und, weiß Gott, sonst noch was, vergaßen dabei aber alle, daß eine der ersten Vorbedingungen zur moralischen Wiedergeburt unseres Volkes, so grausam es klingen mag, zunächst die Züchtung eines unbändigen Hasses gegen die erkannten Verderber unseres Vaterlandes sein müßte, daß eine Wiedergeburt ohne blutigstes Strafgericht gegen die Vergifter unseres Volkes und Zertrümmerer unseres Staates ein lächerlicher Hohn der Weltgeschichte sein würde.

Eine bürgerliche Gesellschaft war das, die angsterfüllt Stimmen zählte und auf Mandaten hockte, von demokratischer Bestimmung unseres Schicksals winselte, ohne sich darüber klar zu sein, daß in der Hand von Feiglingen selbst die zahlenmäßige Übermacht praktisch eine Minorität wäre, weil sich die Minorität der Energie niemals um eine Majorität der Zahl kümmert, insoferne die Minorität der Zahl die Majorität der Energie darstellt.

Ein Haufen jüdischer und im Judensolde stehender Terroristen genügte, um die größte bürgerliche Massenversammlung mit Schimpf und Schande, in die Flucht zu schlagen. Um wieviel weniger also war zu erwarten, daß die Minorität dieses Bürgertum3 die Kraft aufbrächte, jemals noch zu einer Majorität im Staate zu werden oder besser, die Majorität der Zahl unter die Majorität ihres Willens zu zwingen.

Eine verfaulte, korrupte Gesellschaft!

Und wie stand es doch damals in der Frage, die nicht nur Existenzfrage des deutschen Volkes, sondern in Wirklichkeit die wahrhaftige Lebensfrage der ganzen Welt ist? Wie stand es in der Judenfrage?

Die Mehrheit der Nation in wahnsinniger Verblendung bereits im Dienste dieser Rasse stehend, verstand sie überhaupt nicht mehr.

Millionen redlichster Handarbeiter waren zu willenlosen Sklaven der östlichen Teufel geworden, geworden dank einer in der Geschichte sich selten wiederholenden Dummheit, Einbildung und Gewissenlosigkeit derjenigen, die infolge ihrer geistigen Bildung Führer der Nation hätten sein müssen, die es aber vorzogen, Millionen deutscher Arbeiter lieber den internationalen Bank- und Börsenjuden zu überlassen, als von ihrem eingebildeten Thron herunterzusteigen und in Anerkennung berechtigter sozialer Menschheitsforderungen dem Arbeiter der Faust die brüderliche Hand zu reichen.

Und wenn ja irgendwo nun nach und nach ein leichtes Licht über diese schwerste Gefahr der Menschheit aufdämmerte, dann nur gedämpft von unglaublicher Feigheit.

Von „Fremdstämmigen" faselte man und von „eingewanderten Polen" oder „Russen" von nicht „Bodenständigen", „Wesens- und Artfremden", kurz von allem und jedem, aber nur von einem nicht — vom Juden.

Kann man es doch heute noch erleben, daß sich so ein bürgerlicher „nationaler" Politiker angesichts dieses Wortes windet und ringelt wie ein Spulwurm.

So also war es damals: Brutalste Siegeszuversicht auf der einen Seite, eine geradezu schmierige Feigheit auf der anderen.

Das deutsche Volk schien zerrieben zu sein zwischen den Fanatikern seiner Zerstörung und den Feiglingen seiner Erhaltung.

Und in dieser Zeit wurde unsere junge Bewegung geboren und mußte nun versuchen, sich zwischen diesen beiden Kolossen des Unglücks und des Jammers durchzudrücken. Und es waren schlimme Aussichten. Denn während noch die Riesenfaust des einen Deutschland rüttelte und die zarte Hand des anderen in sanftem Streicheln dagegen sich zu wehren suchte, blühten überall Gruppen und Grüppchen empor einer neuen Bewegung, die sich damals so ganz im allgemeinen kurz „Völkische" hieß.

Eine Unzahl von Schwärmern tauchte auf und holte an altem Kram hervor, was in deutscher Geschichte auffindbar schien, vergessend, daß wir nicht im Jahre 600 oder 700, sondern im Jahre 1920 leben, vergessend, daß die Bedürfnisse und Erfordernisse unserer heutigen Zeit andere sein müßten als die der Zeit vor 1½ Tausend Jahren.

Die völkische Bewegung wurde zur Brutstätte gutgesinnter aber deshalb nur gefährlicherer Narren.

Verzückte Rechtsgelehrte wühlten in mittelalterlichen Rechten herum, verschlangen Sachsen- und Schwabenspiegel und glaubten ein ganzes Volk ohne weiteres um tausend Jahre zurückverschieben zu können. Sie fühlten nicht in ihrer inneren Weltfremdheit, daß es sich nicht um die Wiedergeburt überlebter Formen handeln könne, sondern nur um die Schöpfung eines neuen germanischen Rechtes, auf das schärfste angepaßt den wirtschaftlichen Bedingungen unserer Zeit, auf das innigste entsprechend dem Gefühl unseres Blutes, dem Instinkt unserer Rasse.

Kurz und gut, die völkische Bewegung in diesen Grüppchen drohte zur bekannten Trause zu werden.

Mit untrüglichem Scharfblick hatte der Jude die Gefahr, aber auch die Schwächen dieser neuen Bewegung erblickt. Die Gefahr zeigte ihm die Notwendigkeit des Kampfes, in ihren Schwächen fand er die Waffen hierzu.

Vielleicht die beste Waffe war ihm die dank seiner eigenen Überzentralisation als Gegenwirkung leicht zu fördernde Sehnsucht nach Dezentralisation, eine Sehnsucht, die er in geschicktester Weise und von verborgenen Quellen aus zu nähren verstand. Die völkische Bewegung wurde zur Feindin jeder Zentralisation und damit aber auch zur Totengräberin ihrer eigenen Zukunft.

Im gleichen Augenblick, in dem diese Herren doch dauernd predigen, daß nur die sogenannte Auslese befähigt wäre, ein Volk zu lenken, d. h., daß nur die Minorität in der Lage ist, Völkerschicksale zu entscheiden, weil ja nur in ihr die Energie und wahre Kraft zu finden ist, begreifen diese Herren aber nicht das zweite, nämlich, daß gerade diese Minorität der Zahl eine desto rücksichtslosere straffe Organisation braucht, weil nur in ihr allein die höchste Ausnützung der Kraft des einzelnen im Dienste eines großen Zieles zu erreichen ist.

Statt gegen den Mißbrauch der Zentralgewalt durch die jüdischen Machthaber zu wettern oder besser ganz kurz gesagt, statt den ganzen Kampf einzustellen gegen den Juden, der die zentrale Gewalt in seine Faust brachte und uns nun mit ihr unterjocht, jammerte man gegen den zentralen Einheitsgedanken an und für sich.

Wahrlich, in dieser Dummheit erwuchs dem Juden der allergrößte und gefährlichste Verbündete.

Solange die völkische Bewegung in Grüppchen und Gruppen zersplittert im ganzen und im einzelnen durch nichts weiter zusammengehalten wird als durch gemeinsame Phantasien, solange wird sie dem Juden nie gefährlich.

Sie wird nie die Kraft erlangen, gegen die gewaltige Macht des Juden, die gerade in seiner absolut zentralen Leitung liegt, eine gleiche Gewalt anzusetzen von einem Geist beseelt, von einem Willen geleitet, von einer Zentrale aus immer wieder vorgetrieben.

Und so können wir wohl begreifen, daß in dieser ganzen Zeit der Jude den Kampf gegen den erwachsenden Feind bloß mit einer Handbewegung zu führen in der Lage war, im übrigen aber selber im Angriff und Fortschritt blieb.

So hatte die junge Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei den Kampf gegen eine ganze Reihe von Richtungen zu führen.

Zu allererst den Kampf gegen die unglaubliche Feigheit, gegen die Schwächlichkeit, die sich nach außen hin meistens mit dem schamhaften Wörtchen einer „bürgerlich vornehmen", gesittet hochanständigen und „wissenschaftlich vertieften" Kampfart verhüllte, gegen die Jämmerlichkeit, die darin lag, daß man gegen den Gegner kämpfen wollte, ohne ihm wehzutun. Endlich aber besonders gegen die innere Unwahrhaftigkeit, die darin liegt, daß man wohl begreift, daß ein Kampf gegen England, Frankreich, Japan usw. geführt wird gegen Engländer, Franzosen und Japaner ohne Einschätzung der persönlichen Anständigkeit oder Unanständigkeit des einzelnen, daß man aber nicht begreifen will, daß der Kampf gegen den Juden ebenfalls geführt werden muß gegen den Juden, d. h. gegen die Rasse, in der wir den Weltfeind der Freiheit aller Völker der Erde erblicken, ebenfalls ohne Rücksicht auf den einzelnen.

Es mußte aufgeräumt werden mit dem Schwindel vom anständigen Juden.

Es mußte weiter angekämpft werden gegen das Geschwätz der sogenannten Notwendigkeit der unbedingten „Dezentralisation" usw., d. h., es mußte angekämpft werden gegen den Versuch, den Kampf gegen den jüdischen Weltkoloß mit einem Haufen undisziplinierter, nichtorganisierter Menschen, Gruppen und Grüppchen führen zu wollen.

Und es mußte endlich grundsätzlich aufgeräumt werden mit der Meinung, daß die Berechtigung zum Kampf für ein Volk nur die aus legitimierter Abstimmung hervorgegangene sogenannte Majorität besitze. Geistesrecht steht über Parlamentsrecht.

Immer mehr Menschen mußte die ewige Wahrheit eingebrannt werden, daß das Recht zur entscheidenden Tat derjenige besitzt, der in seinem tiefsten Inneren in der Überzeugung seines heiligen Rechtes und der Wahrhaftigkeit seines Handelns die Verantwortung zu übernehmen bereit ist vor sich, seinem Gewissen und einer möglicherweise erst in Jahrtausenden gerecht urteilenden Nachwelt.

Endlich aber mußte Fehde angesagt werden dem verderblichsten Geist, den Deutschland im Verlaufe der Jahrhunderte in sich aufnahm, dem Geist des Klassenstandpunktes und dem Dünkel des Standesbewußtseins.

Die junge Bewegung durfte in ihren Augen nicht mehr Bürger und nicht Proletarier sehen, sondern nur mehr Deutsche.

Um aber in all dem den Kampf mit Erfolg aufnehmen zu können, war in erster Linie die Bildung einer Schule der jungen Bewegung notwendig, die Schaffung eines Gehirnes und eines Herzens, von dem aus ununterbrochen Aufklärung, Kampfgeist, Energie und Entschlossenheit, kurz Wille ausstrahlen kann in das übrige Reich.

Die Bewegung mußte sich zunächst auf einen Ort konzentrieren:

Erstens, um überhaupt den praktischen Wahrheitsbeweis zu liefern, daß ihre Existenz möglich und daß ihr Wirken siegreich sein kann. Sie mußte eine Stadt zum Vorbild werden lassen der ganzen übrigen Bewegung; es konnte dies nur München sein. In nimmermüder Arbeit mußte aus dieser Stadt die Hochburg der nationalsozialistischen Bewegung geschaffen werden. Und es mußte endlich dadurch allen Säumigen, den ewigen Zweiflern und Nörglern, den schwankenden Kritikern ein Damm entgegengesetzt werden.

Zweitens aber mußte diese Stadt auch einen Rückhalt bieten in Zeiten der Unruhe bei Stürmen und Schwankungen in der Bewegung selber.

München mußte Vorbild werden, Schule, aber auch granitenes Postament.

Und in dieser Arbeit sind wir noch dauernd begriffen. In einer Stadt des Deutschen Reiches wird zunächst gezeigt werden müssen, daß die Macht des Judentums zu brechen ist, um den fernsten Gauen die Möglichkeit dieses Riesenplanes glaubhaft erscheinen zu lassen.

Endlich aber war die Konzentration der Bewegung auf München schon deshalb zwangsläufig erforderlich, weil nur dadurch die junge Bewegung in den Besitz einer nicht anzweifelbaren Hauptleitung, einer Zentrale, kommen konnte. Die alte jüdische Sehnsucht, als Gegner ein loses Gemengsel von Phantasten zu besitzen, mußte vereitelt werden.

Die N.-S. D.A.P. sollte zur straff organisierten Kampfbewegung ausgebaut werden.

Für niemand soll es einen Zweifel geben, daß sie eine Leitung besitzt, und wo sie sich befindet.

Wir wissen genau, daß wir erst am Beginne unserer Tätigkeit stehen.

Wenn wir am 30. Januar 1922 zum ersten Male Vertreter aus dem übrigen Deutschland zu uns einladen, dann tun wir dies in der stillen Hoffnung, daß vielleicht der eine oder der andere über das Nörgeln, Schimpfen, Verleumden und Lästern ewiger Störenfriede hinweg doch zur Überzeugung kommen wird, daß wir hier in diesen 3½ Jahren eine gewaltige Arbeit geleistet haben, die uns wohl das Anrecht gibt, die Organisation unserer Bewegung von München aus durchzuführen und zu leiten.

Wir hoffen, daß unter den zahlreichen Gästen des übrigen Reiches sich solche befinden werden, die bereit sind, das Zögern zu beenden und als erste Tat sich uns anzuschließen.

Wir bauen auf einen letzten Rest gesunder Vernunft, und sind überzeugt, daß diese Tagung dann zu einem Denkstein der Auferstehung unseres Volkes werden wird in der Zeit seiner tiefsten Erniedrigung.

München, den 28. Januar 1922.

Adolf Hitler.